

Jahresbericht 1999

Rapport annuel 1999



VPOD Sektion Biel
SSP Section Bienne

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch das vergangene Jahr wurde von markanten und schwerwiegenden Veränderungen auf allen Ebenen geprägt und wir sahen uns permanent gezwungen, uns mit neuen Situationen zu beschäftigen, um den Anschluss nicht zu verlieren und unsere Position halten zu können. Unsere Sektion und einige Gruppen haben gute Arbeit geleistet, auch wenn die Ergebnisse nicht immer befriedigend waren. Ich möchte an dieser Stelle stichwortartig eine Reihe von Schwerpunkten auflisten:

Arbeitsgesetz

Das Sekretariat hat entsprechend seinen Möglichkeiten das Referendum gegen die asoziale Revision des Arbeitsgesetzes unterstützt und vor der Volksabstimmung für eine Ablehnung der Revision geworben.

Auslagerung Energieservice

Das Vorhaben, den Energieservice Biel aus der Stadtverwaltung auszugliedern erscheint uns als nicht zwingend, um die Grundversorgung garantieren und im Strommarkt bestehen zu können. Wenn die Auslagerung Realität wird, ist es unumgänglich, einen allgemeingültigen GAV in Kraft zu setzen, der alle Bestandteile eines ordentlichen Arbeitsvertrages enthält und für die gesamte Belegschaft gültig ist.

Auslagerung Verkehrsbetriebe Biel

Wegen dem kantonalen Gesetz über den öffentlichen Verkehr ist man zur Meinung gelangt, dass die VB Biel aus der Stadtverwaltung ausgegliedert sein müssten, um dieser kantonalen Regelung entsprechen zu können. Wir vermuten, dass auch gutfunktionierende städtische Verkehrsbetriebe diesen

Anforderungen zu genügen vermögen. Wenn die Ausgliederung vorgenommen wird, muss ein all-gemeingültiger GAV nach Massgabe der Vertragsverhandlungen im Betrieb zwischen VPOD und Direktion in Kraft gesetzt werden.

Beförderungstop bedeutet nicht "keine Beförderung", sondern "keine Lohnerhöhung"

Die Verordnung des Gemeinderates, 1999 aus Spargründen keine Lohnklassen zu gewähren, widerspricht der eindeutigen Regelung im geltenden Personalreglement. 120 Angestellte haben am 1. Oktober mit einer Protestversammlung reagiert und im Stadtrat ist heftig debattiert worden. Fazit: 1999 sind die Lohnklassen weg, aber immerhin sind die Lohnstufen geblieben, die vor allem den jungen Angestellten zugute kommen.

Leistungsbeurteilungsgespräche

Diese Gespräche zwischen Vorgesetzten und Angestellten am Arbeitsplatz über Arbeitsbedingungen, Leistungen und Erwartungen finden in vielen Betrieben und Abteilungen leider noch nicht oder nur unbefriedigend statt, weil die Kriterien fehlen und die Gesprächskultur ungenügend ist.

Öffentlicher Verkehr

Das Sekretariat hat im Zusammenhang mit der Kampagne des Föderativverbandes und mit dem SEV für die Einführung einer leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe auf nationaler Ebene geworben. Im Anschluss an diese Kampagne hat das Sekretariat ebenfalls die verstärkte Finanzierung des Bahnverkehrs unterstützt. Dass in unserer Sektion diesbezüglich Meinungsverschiedenheiten bestanden, ist bedauerlich.

Regionalisierung des Verbandes

heisst: Kantonalsektionen schaffen

Am Kongress im August ist beschlossen worden, die 160 VPOD-Sektionen kantonsweise zusammenzufassen und von Regionalsekretariaten betreuen zu lassen. Unser Vorstand hat bei allen Gelegenheiten Skepsis angemeldet, weil es für die gewerkschaftspolitische Arbeit nicht vorteilhaft ist, wenn die Bewegungsführung weit ab vom Geschehen liegt.

Rentalalter 63

Inhalt

Einladung zur GV	2
Jubilare und Veteranen	3
Protokoll GV vom 22.4.1998	4
Totentafel	5
Protokoll GV Sterbekasse	6
Antrag PC-Anschaffung	6
Invitation	6
Rechnung 1998	7
Revisorenbericht Sektion	8
Bericht zur Jahresrechnung	8
Gruppe Bauamt	8
Rechnung Sterbekasse 1998	9
Revisorenbericht Sterbekasse	9
Gruppe Hauswarte Seeland	9
Gruppe Hauswarte Stadt	9
Rechtsberatung	10
Gruppe Pensionierte	10
Energieservice Biel	11
Mitgliederbewegung	11
Gruppe Verkehrsbetriebe	12
Unsere Dienstleistungen	12
Sektionsadressen	13
ESB im Wandel	13
Verselbständigung VB	14
Sessa	14
Einkaufsvergünstigungen	15
Was wir wollen	15
VPOD-Multirechtsschutz	15
Sterbekasse	16
Rechtsschutz	16
Leitungsgremien	16

mit Übergangsrente ab 62

Der Gemeinderat sowie eine Spezialkommission verlangen im Zusammenhang mit der Revision der Versicherungskasse die Erhöhung des Rentenalters auf 63 Jahre. Die Pensionierung mit 62 soll durch eine Übergangsrente erleichtert werden, die von der Stadt bezahlt wird. Die städtischen Angestellten werden mit dieser Regelung leben können, aber die Prämienerrhöhung wird sich negativ auswirken. Rentenalter-Erhöhen sind immer falsch und haben das Gegenteil vom erhofften Resultat zur Folge, weil weder Arbeitsplätze geschaffen, noch finanzielle Grundlagen gesichert oder Gesundheit geschützt wird.

Zusammenarbeit der Gewerkschaften im öffentlichen Bereich

Der Vorstandsvorsitzende wird dem Kongress 1999 vorschlagen, die Zusammenarbeit mit SEV und Kommunikation weiter zu entwickeln.

Wir haben im abgelaufenen Jahr zahlreiche Sitzungen durchgeführt oder daran teilgenommen und ich erwähne hier speziell die Sitzungen der Gruppen, des Sektions- und Vorstandsvorsitzenden sowie der Sekretärenkonferenz. Dass wir Gelegenheit hatten, an Sitzungen der SP-Stadtratsfraktion (Energieservice und Pensionskasse) und des GBLS teilzunehmen, begrüßen wir sehr.

Leider mussten wir sehr viele Todesfälle zur Kenntnis nehmen und der Mitgliederschwund stimmt uns ebenfalls nachdenklich. Wir werden uns in den kommenden Jahren um eine Leistungssteigerung bemühen müssen, um den vielseitigen Anliegen unserer Mitglieder entsprechen zu können.

Ich danke allen aktiven Mitgliedern und vor allem den verschiedenen Vorstandsmitgliedern auf Gruppen- und Sektionsniveau sowie Thomas Meury und Stefan Giger vom Verbandssekretariat für ihre grosse und wertvolle Arbeit. Den Kranken wünsche ich gute Besserung und allen Mitgliedern recht viel Erfolg bei

Rapport annuel

L'année passée fut elle encore marquée de changements importants à tous les niveaux. Nous avons sans cesse été contraints de faire face à des situations nouvelles pour rester dans le coup et conserver notre position. Même si les résultats ne furent pas toujours satisfaisants, notre section et les divers groupes ont fourni du bon travail. Je tiens à mentionner ici une série de

points-clés:

Loi sur le travail

Dans la mesure de ses possibilités, le secrétariat a soutenu le référendum contre la révision, antisociale, de la loi sur le travail et a milité avant la votation populaire pour un rejet de cette révision.

Transfert Energie Service

Le projet de détacher le Service

Energie Bienne de l'administration municipale ne nous paraît pas impératif pour pouvoir assurer les besoins de base et faire face à l'actuel marché de l'électricité.

Si ce transfert devient réalité, il sera indispensable de mettre en vigueur une CCT valable pour tout le monde et qui contienne toutes les indications d'un contrat de travail ordinaire, et qui soit acceptée par

Einladung zur Generalversammlung

Mittwoch, 28. April 1999, 19.30 Uhr
Restaurant Union, Bubenbergstrasse 9, Biel

Traktanden

1. Genehmigung des Protokolls vom 28. April 1998
2. Wahl der Stimmenzähler
3. Mitteilungen
4. Antrag: Anschaffung einer PC-Station
5. Berichte
 - a) des Präsidenten
 - b) des Kassiers
 - c) der Revisoren
6. Ehrungen
7. Wahlen
 - a) des Präsidenten
 - b) des Sekretärs
 - c) des Protokollführers
 - d) des Kassiers
 - e) der Rechnungsprüfungskommission
 - f) der Fahnenträger
 - g) der übrigen Vorstandsmitglieder
 - h) der Beschwerdekommision
 - i) des Vertreters im Vorstand des GBLS
 - k) der Delegierten für den GBLS
 - l) des Delegierten im Bildungsausschuss
 - m) der Delegierten für die Versicherungskasse-Kommision
 - n) der Delegierten für die Paritätische Kommission

Generalversammlung Sterbekasse

im Anschluss an die Generalversammlung der Sektion

Traktanden

1. Genehmigung des Protokolls vom 28. April 1998
2. Berichte
 - a) Jahresrechnung
 - b) Bericht der Rechnungsprüfungskommission
3. Wahl des Stiftungsrates
4. Verschiedenes

le personnel.

Transfert Services des transports Bienne

En raison de la loi cantonale sur les transports publics, nous en sommes arrivés à penser que les services de transport Bienne doivent être déta-chés de l'administration municipale pour pouvoir satisfaire au règlement cantonal. Nous sommes certains que des services de transports muni-cipaux qui fonctionnent bien sont capables de relever ces nouvelles exigences.

Quand le transfert aura eu lieu, il faudra prévoir une CCT qui soit va-lable pour tout le monde, conformément aux pourparlers de contrat dans le service, entre VPOD et direction.

Stop à la promotion ne signifie pas "absence de promotion" mais "absence d'augmentation de salaire"

L'arrêté du Conseil municipal de ne pas accréditer de classes de salaires en 1999, pour des raisons d'économies, est en contradiction avec la claire réglementation du règlement du personnel en vigueur. Le 1^{er} octobre, 120 employés ont réagi par une manifestation de protestation, et le débat fut véhément au Conseil de ville. Résultat : plus de classes de salaires en 1999 ; les catégories de salaire sont toutefois maintenues, elles sont surtout favorables aux jeunes employés.

Entretiens périodiques d'évaluation

Ces entretiens de travail entre supérieurs hiérarchiques et employés sur les conditions de travail, prestations et attentes, n'ont malheureusement pas assez souvent lieu, ou alors de manière insatisfaisante, car on manque de critères pour cela et la culture du dialogue est encore insuffisante.

Transports publics

En corrélation avec la campagne nationale de la fédération et du syndicat du personnel des transports, le secrétariat a milité pour l'introduction d'une redevance poids lourds qui soit liée aux prestations. En conséquence, le secrétariat a aussi soutenu le renforcement du fi-nancement du trafic ferroviaire. Il est regrettable que des divergences

d'opinions soient apparues à ce sujet dans notre section.

Régionalisation de l'association veut dire: créer des sections cantonales

Il a été décidé au congrès d'août de regrouper par cantons les 160 sections VPOD et de s'occuper du se-crétariat par régions.

Le comité de la section de Bienne s'est montrée sceptique à ces propositions car le fait que la direction du mouvement soit géographiquement loin de ce qui se passe sur le terrain ne permet pas de s'occuper des membres de manière circonstanciée.

Age de la retraite à 63 ans avec rente de transition dès 62 ans

Le Conseil municipal ainsi qu'une commission spécialisée demandent, en lien avec la révision de la caisse de pension, le relèvement à 63 ans de l'âge de la retraite. La retraite à 62 ans doit être facilitée par une rente de transition, payée par la vil-le. Avec cette réglementation, les employés municipaux pourront vivre; mais l'augmentation des primes aura un effet négatif. Elever l'âge de la retraite, c'est en fait toujours une fausse solution qui a pour consé-quence le contraire des résultats escomptés. En effet, on ne crée ainsi aucune place de travail, on n'assure aucune base financière ni une quelconque protection de la santé.

Collaboration des syndicats dans le secteur public

Le comité du syndicat va proposer au congrès de 1999 de collaborer avec le syndicat du personnel des transports pour continuer à développer la communication.

Nous avons mené nous-mêmes nom-bre de séances, pendant cette an-née écoulée, ou participer à d'autres; je relève ici particulièrement les ré-unions de groupes, des comités de la section et du syndicat, ainsi que la conférence des secrétaires. Nous sommes heureux d'avoir pu participer à des séances du PS et de l'USBLS.

Nous regrettons malheureusement de nombreux décès. La diminution du nombre de membres nous donne à réfléchir.

Dans les années qui viennent, nous devons nous efforcer d'augmenter nos prestations pour pouvoir satisfaire les demandes variées de nos membres.

Je remercie tous les membres actifs et en particulier les membres des différents comités, au niveau des groupes ou de la section, ainsi que Thomas Meury et Stefan Giger au secrétariat syndical pour leur somme de précieux travail.

Bon rétablissement à nos malades! Et à vous tous, plein de succès dans la réalisation de vos projets et de vos souhaits tant sur les plans pro-

Jubilare und Veteranen

25 Jahre Mitgliedschaft

Alfred Etter
Fredy Hafen
Patrick Leisi
Werner Mäder
Felix Meyer
Hans Pauli
Hugo Schor
Rudolf Walder

40 Jahre Mitgliedschaft

Carlo Lebet
Karl Mäder

50 Jahre Mitgliedschaft

Adolf Beyeler
Fritz Felber
Ariste Froidevaux
Willy Gruber
Ernst Lerch
Theodor Mischler
Ernst Moser
Walter Schneider
Hans Schneiter
Pius Stämpfli

60 Jahre Mitgliedschaft

Werner Brandenberger
Germain Gyseler

70 Jahre Mitgliedschaft

Gottfried von Ins

Protokoll der Generalversammlung vom 28. April 1999

Präsident	Heinz Oberli
Sekretariat	Beat Schaffer
Finanzen	Andreas Möri
Protokoll	Marcel De Jonckheere
Anwesend	102 Mitglieder
Traktanden	1. Protokoll vom 28.4.1998 2. Wahl der Stimmen- zähler 3. Mitteilungen 4. Antrag: Beschaffung eines PC 5. Berichte 6. Ehrungen 7. Wahlen 8. Verschiedenes

Entschuldigt: Cadot Marie-Claude, Heinz Schneiter, Heinz Lachat, Theo Ledermann, Edi Gramm, Jean-Marc Chassot, Robert Ischi, Max Karrer und Willi Hintermeister.

Der Präsident eröffnet die GV um 19.40 Uhr und begrüsst speziell: Hans Stöckli (SP-Gemeinderat), Marianne Reber (SP-Nichtständige Gemeinderätin), Erich Fehr (SP-Stadtrat), Pierre Ogi (SP-Stadtrat)

Alfred Müller (SP-Stadtrat), Philippe Garbani (SP-Stadtrat), Anna-Maria Hofer (FL/GB-Grossrätin), Heinz Ledergerber (Sekretär Gewerkschaftsbund Biel-Lyss-Seeland), Markus Angehrn (VPOD-Sektion Bern-Kanton), Ruedi Wirz (SP-Gesamtpartei), Thomas Meury und Stefan Giger (Verbandssekretäre).

In seinem Referat hält er fest: Es ist die letzte GV, welche mit einer eins an erster Stelle ist. Er ist überzeugt, dass das nächste Jahrhundert für viele statt Fortschritt ein Rückschritt bedeutet. Wenn der Arbeitgeber von Fortschritt spricht, so meint er Liberalisierung oder Deregulierung. Die Meinung ist,

dass mit weniger Arbeitnehmer mehr geleistet wird. Für die Arbeitslosen wird es immer schwieriger sein eine neue Stelle zu finden. Die Gewerkschaften wie auch für den VPOD werden immer schwächer, weil es immer mehr Trittbrettfahrer gibt. In dieser harten Zeit sollten wir aber immer stärker werden. Wir bemühen uns, so gut wie möglich, uns für unsere Mitglieder einzusetzen. Eigentlich möchten wir uns für Globallösungen einsetzen wie: Mehr Lohn, bessere Sozialleistungen, bessere Sicherheit und mehr Ferien. Leider gibt es viele Arbeitnehmer die sich entsolidarisiert haben und der Meinung sind, die Gewerkschaften machen es schon. Was wir Arbeitnehmer brauchen sind mehr Zusammenarbeit und Rücksicht für einander nur so können wir mit guter Zuversicht ins neue Jahrhundert gelangen.

1. Protokoll vom 28.4.1998

Das Protokoll wird einstimmig gutgeheissen.

2. Wahl der Stimmenzähler

Markus Wagner, Hans-Rudolf Ruffer, Rémo Auboeck und Marcel d'Épagnier werden einstimmig gewählt.

3. Mitteilungen

Beat Schaffer (Sektionssekretär) begrüsst die Anwesende und macht darauf aufmerksam, dass am 29. April 1999 im Stadtrat über die Ausgliederung der Energieservice bestimmt wird. Es ist wichtig, dass wir unsere Pressens zeigen.

8. Verschiedenes

Informationsmaterial liegt bereit sowie auch eine Initiative des Gewerkschaftsbundes, welche noch unterzeichnet werden kann. Auch die Initiative für die Mutterschaftsversicherung muss noch unterzeichnet werden.

Der Bildungsausschuss wurde auf Ende 1998 aufgelöst und die Finanzen wurden in einen Fonds eingezahlt.

Das Hauptthema für die nächste Zeit wird die Regionalisierung National und Kantonal sein. Die

Region des Kantons Bern haben sich am 22.04.1999 in Bern zum ersten Mal getroffen. Die

Bedürfnisse der Sektionen und die Angebote der Regionalsekretariate müssen noch untereinander besprochen werden.

Heinz Oberli (Präsident) orientiert über die Versicherungskassen die die Hürde im Stadtrat

übersprungen hat. Das Personalamt wird einen Kurs über die Leistungen und Rechte halten.

Er bedankt sich bei den anwesenden Stadtratsmitglieder für ihren Einsatz über die Versicherungskasse.

Heinz Ledergerber (Sekretär GB-Biel-Lyss-Seeland) es ist nicht übertrieben, dass sich der neue GB zu einem Politischen relevanten Kraft entwickelt hat. Der Liberalisierungswahnsinn der sich in Europa in den Sozialdemokratischen Regierungen für die Ausgliederung oder Privatisierung des Service public einsetzt mit der Begründung; nur so kann man noch Konkurrenzfähig sein. Es gibt sicher andere Formen für den Service Public bei den heutigen Anforderungen gerecht zu werden. Mit der Auslagerung oder der Privatisierung wird in den meisten Fällen Arbeitsbedingungen verschlechtert, Lohn und Sozialabbau betrieben. Arbeitsplätze werden abgebaut und dies ergibt Erwerbslose, Arbeitslose. Er gibt das Programm für den 1. Mai bekannt. Es werden drei ausländische Gewerkschafter daran teilnehmen. Die Kundgebung wird auf den Neumarktplatz stattfinden. Wir zeigen Widerstand gegen weltweiter Sozialabbau und immer schlechtere Arbeits- und Lohnbedingungen.

Stefan Giger (Verbandssekretär) orientiert über den Gesamtarbeitsvertrag. Stefan Giger hilft bei der Ausarbeitung eines GAV für die Verkehrsbetriebe. Warum fordern wir einen Gesamtarbeitsvertrag? Wir fordern: Kollektive Regelung = Gleichbehandlung, Transparenz, Vollständigkeit, Verbindlichkeit und Kontrolle durch Gewerkschaften, keine kurzfristigen Vertragsänderungen und einen sicheren Rechtsweg. Gemeinsam sind wir stärker, den bei einem Einzelarbeitsvertrag sitze ich dem Arbeitgeber alleine gegenüber. Ein GAV hat eine längere Laufzeit und kann nicht beliebig gekündigt werden. Damit bleibt mehr Zeit für Verhandlungen. Wenn ein GAV

besteht, muss gemäss Gesetz der neue Besitzer den bestehenden GAV noch während 12 Monaten einhalten. Mit einem GAV werden Personal und Gewerkschaft zu gewichtigen, ernstzunehmenden Partnern der Unternehmung. Damit lassen sich Mitsprache und Mitverantwortung realisieren, was beiden Seiten, zu gute kommt. Ein GAV gehört heute zum Alltag.

Alfred Müller (SP-Stadtrat) bemerkt, dass er gleicher Meinung ist. Für die Zukunft ist es sehr wichtig, dass alle Gewerkschaften in Zusammenarbeit gegen eine Verschlechterung des Service public eintreten. Nicht nur der Arbeitnehmer sondern auch der Arbeitgeber kann von einem GAV nur profitieren.

Thomas Meury (Verbandssekretär) orientiert über den Energieservice. Wo stehen wir heute mit der Ausgliederung des ESB? Dank dem Team 2000 im Stadtrat Biel wurde eine Ausgliederung abgelehnt. Die Diskussionen mit den Behörden über den GAV wurde von Seiten der Behörden unterbrochen. Die Mitarbeiter des ESB sind weiterhin dem Personalreglement der Stadt Biel unterstellt. Thomas sagt, dass die Aufgabe eines Gemeindegewesens nicht in erster Linie Profit zu machen, sondern mit seinen Werken die Bevölkerung zu versorgen. In der momentanen Situation ist es gut zu wissen, dass wir gute Verbündete und verlässliche Partner in den Fraktionen und Gewerkschaften haben. Es ist aber auch wichtig, dass wir für sie ein guter Partner sind. Die Stärke einer Gewerkschaft misst sich in der Mitgliederzahl also es ist wichtig, dass Arbeitnehmer

in den Werken sich den Gewerkschaften anschliessen. Wie wäre es, wenn jedes Mitglied bis zur nächsten GV ein neues Mitglied werben wird?

Philippe Garbani (SP-Stadtrat) Er bedankt sich bei Thomas Meury für die Komplimente an die SP-Fraktion und die Fraktionen des Team 2000 für ihre Haltung. Die Fraktionen erlaubten sich mutig gegen die Vorlage des Gemeinderats zu handeln. Unsere politische Haltung mit dem Team 2000 war eine einstimmige Haltung gegen die Ausgliederung des ESB. Wir werden ein Eintreten entgegennehmen, so dass eine Diskussion stattfinden kann. Wir

haben entschieden, dass wir einen Rückweisungsantrag stellen wollen. Der Gemeinderat soll einen neuen Auftrag erhalten, welche die ESB als Bestandteil der Stadtverwaltung bleiben soll und das Personal dem Personalamt unterstellt bleibt. Die Leitung des ESB erhält gewisse Kompetenz, Tarifgestaltung für die Wettbewerbsfähigkeit zu haben. Wir sind der Meinung, dass in der Art der Liberalisierung des Elektrizitätswesens die Leitung des ESB eine gewisse Freiraum haben muss. Aber der Stadtrat sollte weiterhin darüber Entscheiden können. Die Leitung des ESB soll einen Leistungsauftrag erhalten, welcher er jedes Jahr dem Stadtrat vorlegen muss.

Markus Wyss: Als ESB-Mitarbeiter und Steuerzahler befürchte ich den Verlust meines Arbeitsplatzes. Vor 18 Jahren als ich bei der Stadtverwaltung angestellt wurde, war ich der Meinung, dass ich nun eine sichere Anstellung habe. Seit ein paar Jahren bin ich des besseren belehrt worden. In einer Bieler Zeitung stand geschrieben, dass bei einer Verselbständigung die ESB etwas später stirbt. Ich muss annehmen, dass sie sonst früher stirbt. Meiner Meinung nach gibt es eine Verbesserung für die Bevölkerung. Die ganze Liberalisierung ist sicher ein Schlagwort heute aber wir müssen uns der heutigen Marktsituation anpassen können. Welche Vorteile haben wir in letzter Zeit durch unseren Arbeitgeber erhalten? Leider mussten wir auf vieles verzichten wie (Teuerungszulagen, Lohnkürzungen usw.) was erwartet uns nun bei einer Verselbständigung des ESB? Kann mir jemand dies besser erklären. Zukunftsaussichten durch Hans Stöckli (Stadtpräsident) ergibt, dass bei der Stadtverwaltung zwischen 30 – 44 Mio. Defizit besteht. Warum wollt ihr den ESB bei der Stadtverwaltung behalten? Wollt ihr, dass wir mit unserem Einsatz und Gewinn, weiterhin dieses Defizit mittragen sollen? Ich denke, wenn wir Verselbständigt sind, wird effizienter und kundenfreundlicher gearbeitet. Wir könnten in eigener Verantwortung diesen Betrieb führen helfen. Ich glaube auch, dass wir weiterhin ein Mitspracherecht erhalten bei Arbeitsverträge und Wohlergehen der Firma. Ich glaube, dass wir in Zukunft mit dieser

Eigenverantwortung überleben können und der Stadt weiterhin einen finanziellen Betrag von ca. Fr. 12 Mio. abliefern können.

Kathrin Asal: Ich bin erstaunt über die Äusserungen von Markus Wyss. Wie kann ein VPOD – Mitglied und ein ehemaliges Sektionsvorstandsmitglied nur solche Ideen anbringen. Wie ist es möglich, dass Du eine Kehrtwendung gemacht hast. Hast Du die Gewerkschaftsarbeit nicht verstanden? Mir verschlägt es fast die Sprache.

Alfred Müller: Ich kann mich erinnern, als die Abschaffung des Beamtenstatus ausgeführt wurde. Verschiedene Arbeitnehmer mussten damals über die Klinge springen. Ich war damals nicht sehr unglücklich. Ich bin nicht unglücklich was die Fraktion entschieden hat aber man muss auch die Konsequenzen sehen. Bei einer Privatisierung besteht immer ein gewisser Hintergrund.

Marianne Reber (Nichtsändige Gemeinderätin): Es ist ein Grundsatzentscheid durch den Stadtrat gemacht worden. Der

Totentafel Nécrologie

Walter Ackermann
Ernst Aeppli
André Auroi
Martin Brandenberger
Georges-André Monnier
Werner Freiburghaus
Werner Fuhrer
Hans Grunder
Paul Gyax
Philippe Liechti
Walter Liniger
Hans Rufer
Paul Schären
Ernst Steiner
Willi Wyss

Gemeinderat erhielt den Auftrag, die Ausgliederung der Werke zu prüfen und vorzubereiten. Ich bin nicht unglücklich, dass es sich die Fraktionen anders überlegt haben und hoffe, dass am 29.04.1999 der Stadtrat dies unterstützt.

Pierre Ogi (SP-Stadtrat) Seit Monaten diskutierten wir über die ESB und Markus Wyss war dazumal auch gegen eine Ausgliederung. Uns ist es wichtig, dass die Arbeitnehmer bei der Stadtverwaltung bleiben können und dass sie die Anstellungsbedingungen der Stadt Biel behalten können. Uns ist es wichtig, dass nicht nur die Vorgesetzten sondern auch die Arbeiter einen gerechten Lohn erhalten.

Markus Wyss: Seit 18 Jahren arbeite ich bei der Stadtverwaltung und heute bin ich Vorgesetzter von 10 Mitarbeitern. Wir alle haben Angst die Stelle zu verlieren, vielleicht sind unsere Überlegungen falsch, denn wir wissen nicht mehr was Gut ist. Ich war nie gegen eine Verselbständigung des ESB. Wir brauchen den VPOD für die Ausarbeitung der Verträge und anständigen Arbeitsbedingungen für den Fall einer Verselbständigung. Ich habe vom VPOD nie verlangt, eine Verselbständigung des ESB zu verhindern.

Werner Möri: Der Bürgerliche Stadtrat hat ca. vor drei Jahren beschlossen, dem Gemeinderat den Auftrag zu erteilen, die Ausgliederung der Werke zu prüfen und vorzubereiten. Ich bin stolz, als Mitglied, dass die SP-Fraktion und der VPOD dies verhindern möchte.

Heinz Oberli gibt bekannt, das am 12. Juni 1999 die Abstimmung über das Amt des Regierungstatthalter gemacht wird. Die SP-Partei schlägt einen ausgezeichneten Kandidaten vor. Dies ist Philippe Garbani. Er ist allgemein bekannt als ausgeglichener Politiker und ist aber in den Sachgeschäften bestimmt. Ich empfehle ihnen unser Mitglied Philippe Garbani zu unterstützen. Geht mit allen möglichen Familienmitgliedern und Bekannten an die Urne und gebt ihm die Stimme.

4. Antrag: Anschaffung einer PC – Station

Die Gruppe VB stellt der Generalversammlung den Antrag, für das Sektionssekretariat eine PC – Station anzuschaffen. Der Sektionsvorstand unterstützt diesen

Antrag und bittet die GV um die Kompetenz. Anschaffungspreis ca. Fr. 4'000.— Falls diesem Antrag zugestimmt wird, möchten wir zuerst wissen, wie es weiter geht mit der Regionalisierung unserer Sektion. Die GV gibt unter gesagtem Vorbehalt die Zustimmung.

5. Berichte

Jahresbericht des Präsidenten

Der Jahresbericht wird einstimmig gutgeheissen und mit Applaus verdankt.

Jahresrechnung

Die Jahresrechnung wird einstimmig gutgeheissen und mit Applaus verdankt.

Revisorenbericht

Marcel Buttet empfiehlt im Auftrag der Rechnungsprüfungskommission, der Jahresrechnung zuzustimmen und den Kassier Décharge zu erteilen. Die Jahresrechnung wird einstimmig gutgeheissen.

6. Ehrungen

Todesfälle

Der Präsident gibt die Namen der Verstorbenen bekannt und die Anwesenden erheben sich zu Ehren der Verstorbenen von den Sitzen.

Jubilare und Veteranen

Der Präsident verliest die Liste der Jubilare und Veteranen. Einige Jubilare und Veteranen haben das Präsent schon an der Jubilarefeier erhalten. Den Anwesenden wird die Anerkennung persönlich überreicht.

7. Wahlen

Präsident

Heinz Oberli hat nicht demissioniert und wird einstimmig und mit grossem Applaus für ein weiteres Jahr einstimmig wiedergewählt.

Sekretär

Beat Schaffer wird als Sektionssekretär einstimmig und mit Applaus für ein weiteres Jahr wiedergewählt.

Kassier

Andras Möri hat nicht demissioniert und wird einstimmig und mit grossem Applaus für ein weiteres Jahr wiedergewählt.

Protokollführer

Es steht keine Kandidatin oder kein Kandidat zur Wahl. Der Sektionsvorstand erhält die Kompetenz, eine/n Protokollführer / in zu wählen.

Sektionsvorstand

Im Sektionsvorstand sind keine Mutationen gemacht worden.

Rechnungsprüfungskommission

Buttet Marcel, Cadot Marie-Claude und Zahnd Werner werden wiedergewählt.

Fahnenträger

Kurt Lauper und Rémo Auboeck werden wiedergewählt.

Beschwerdekommision

Ernst Steinmann und Otto Marolf werden gewählt.

Vorstand GBLS

Beat Schaffer und Max Werner werden wiedergewählt.

Delegierte GBLS

Carangelo Giuseppe, Meier Ernst und Nydegger Erich werden wiedergewählt.

Versicherungskassenkommission

Heinz Oberli wird in den Vorstand gewählt.

Delegierte Versicherungskasse

Marcel De Jonckheere, Pierre Ogi, Marie-France Bernard, Andras Möri und Urs Zysset werden gewählt.

Paritätische Kommission

Heinz Oberli, Marcel De Jonckheere, Erich Fehr, Markus Wagner, Andreas Möri (Ersatz) und Heinz Stopper (Ersatz).

Sterbekasse

Heinz Oberli (Präsident), Heinz Stopper (Kassier), Beat Schaffer (Sekretär) und Andreas Möri (Sektionskassier) werden wiedergewählt.

8. Verschiedenes

Alfred Müller (SP-Stadtrat): Wenn während des Jahres vermehrt die VPOD-Mitglieder die Stadtrats-Sitzungen besuchen würden, könnt ihr erkennen, wie gewisse Ratsmitglieder abstimmen. Ich glaube bei mehr Präsenz der VPOD-Mitglieder kann der Rat beeinflusst werden.

Roland Finger meint, dass das Vorgehen des Stadtrates ohne klare Stellung zu beziehen schlecht ist. Es wird ein Rückweisungsantrag und nach einem Jahr wird wieder ein Abänderungsantrag gestellt. Er verwundert sich nicht, warum der Stadtrat nicht weiterkommt. Es hat zu wenig Parkplätze oder zu wenig Parkhäuser. Alles wird immer in Frage gestellt ob von links oder von rechts.

Hasso Wegmüller sagt, dass die

Solidarität verloren gegangen wurde. Wie wollen wir den Politikern unsere Anliegen kundtun, wenn die Mitglieder nicht mitmachen.

Im Anschluss an die Sektions-Generalversammlung wird die Generalversammlung der Sterbekasse durchgeführt

Präsident Heinz Oberli

Protokoll der Generalversammlung der Sterbekasse vom 22. April 1998

Finanzen Heinz Stopper

Sekretariat Beat Schaffer

Protokoll Marcel De Jonckheere

Traktanden 1. Protokoll vom
22. April 1998

2. Berichte

3. Wahl des
Stiftungsrats

4. Verschiedenes

1. Protokoll

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt und verdankt.

2. Berichte

Die Jahresrechnung 1998 der Sterbekasse wird auf Empfehlung der Rechnungsprüfungskommission einstimmig gutgeheissen und dem Kassier wird Décharge erteilt

3. Wahlen

Die Wahlen wurden an der Generalversammlung der Sektion vorgenommen und einstimmig bestätigt.

4. Verschiedenes

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Die Generalversammlung kann um 21.45 Uhr geschlossen werden.

Es wird ein Nachtessen serviert.

Invitation à l'assemblée générale

Le mercredi 28 avril 1999, à 19h30,
Restaurant Union, Rue Bubenbergr 9, Bienne

Ordre du jour

- 1 Approbation du procès-verbal du 28.4.1998
- 2 Désignation des scrutateurs
- 3 Communications
- 4 Motion
- 5 Rapports
 - a) du président
 - b) du caissier
 - c) des réviseurs
- 6 Distinctions et hommages
- 7 Elections
 - a) du président
 - b) du secrétaire
 - c) du rédacteur des procès-verbaux
 - d) du caissier
 - e) de la commission de vérification des comptes
 - f) des portes-drapeaux
 - g) des autres membres du comité de section
 - h) de la commission de recours
 - i) du représentant au comité de l'Union Syndicale
 - k) des délégués à l'Union syndicale Bienne-Lyss-Seeland
 - l) du représentant au Centre d'éducation ouvrière
 - m) des délégués à la commission de la caisse d'assurance
 - n) des délégués à la commission paritaire
- 8 Divers

Assemblée générale de la caisse de Prévoyance-décès

à la suite de l'assemblée générale de la section

Ordre du jour

- 1 Procès-verbal du 28 avril 1998
- 2 Rapports
- 3 Divers

Rechnung 1998

Einnahmen/Recettes

Sektionsbeiträge/Contributions de section -----	
25'030.45	
Rückvergütungen/Remboursements -----	
30'211.45	
Zinsen/Intérêts -----	1'471.-
Sterbegelder/Indemnité de décès -----	
17'827.20	
Diverses/Divers -----	
52.50	
AIK/Caisse de retraite et d'invalidité (AIK) -----	
949.80	
Durchgangsposten Beiträge/Compte transitoires cotisations -----	
3'062.50	
Solidaritäts- und Werbefonds -----	
52.15	
Total -----	
78'657.05	

Ausgaben/Dépenses

Sterbegelder/Indemnité de décès -----	17'827.20	
Entschädigungen an Funktionäre/Indemnités aux fonctionnaires -----	11'743.50	
Entschädigungen an Revisoren/Indemnités aux réviseurs -----	38.50	
Entschädigungen an Gruppenvorstände/Indemnités aux comités de groupes -----	2'800.-	
Verwaltungskosten Sekretär -----	18'690.60	
Beiträge und Spenden/Contributions et dons -----	350.-	
Delegationen, Taggelder/Délégations, indemnités journalières -----	1'718.40	
Büro- und Saalmiete/Location de bureau et salles -----	2'771.30	
Beiträge an Sterbekasse Sektion/Contribution à la caisse de décès de la section -	3'889.75	
Beiträge an GKB Bern-Kanton/Contributions à l'USS du Canton de Berne -----	2'166.-	
Beiträge an GBLS Biel/Contributions à l'Union Syndicale de Bienne-Lyss-Seeland	1'470.-	
AIK/Caisse de retraite et d'invalidité (AIK) -----	2'063.60	
Verwaltungskosten Verbandssekretariat Zürich/Frais administratifs Zurich -----	462.10	
Büromaterial/Matériel de bureau -----	3'187.45	
Telefonspesen/Frais de téléphone -----	450.10	
Porto/Ports -----	2'312.80	
Sachversicherung/Assurance choses -----	307.70	
Durchgangsposten Beiträge/Compte transitoires cotisations -----	4'286.80	
Total -----	88'740.30	78'657.05
Steuern/Impôts -----	69.60	10'083.25
Ausgabenüberschuss/Excédent de dépenses -----		
Total -----	88'740.30	88'740.30

Vermögen am 31.12.1998 / Etat de la fortune au 31.12.1998

Bargeld/Espèces	
1'067.05	
Postcheck/Compte postal	
5'901.45	
Guthaben Verrechnungssteuer/Avoir impôts anticipés	
509.75	
Spar- und Anlagehefte, Obligationen, Kassa- und Anteilscheine (Depot Coop-Bank Biel)	
19'900.45	
Anlageheft und Obligation Kampffonds (Depot Coop-Bank Biel)	
50'659.25	
Mobiliar (25% abgeschrieben auf Fr. 794.-)/Mobilier (25% amortissement sur Fr. 794.-)	

Auszug aus dem Konto Diverses/Extrait du compte divers

Gemäss Betriebsrechnung betragen/Selon compte d'exploitation

Ertrag/Recettes

Fr. 52.50

Aufwand/Dépenses

Fr.

7'476.95

Detaillierte Aufstellung Konto Diverses

Ertrag

Generalversammlung 1998/Assemblée générale 1998

Aufwand

Jubilarenefeier 1998/Fête de jubilaires 1998

1'532.30

Vorstandessen 1998/Repas du comité 1998

721.40

Auslagen GV/Dépenses AG

1'022.40

AHV-Beiträge Sekretär

608.15

Unfallversicherung Sekretär

1'815.05

Druck Jahresbericht und Übersetzungen

153.45

VPOD-Kalender

1'264.20

52.50

360.-

Total

7'476.95

5250

Erläuterungen zur Vermögensverminderung im Text zur Jahresrechnung. Explications sur la diminution de la fortune sous le texte des comptes annuels. Biel, 8. März 1999. Andreas Möri, Kassier

Revisorenbericht

Sektion

Die vorliegende Betriebsrechnung wurde eingehend geprüft und als richtig befunden. Sie schliesst mit einem Verlust von Fr. 10'083.25 ab. Wir empfehlen der GV die Annahme der vorliegenden Rechnung mit Décharge-Erteilung an den Kassier.

Bellmund, 10. März 1999

Rechnungsprüfungskommission:
Marcel Buttet, Marie-Claude Cadot,
Werner Zahnd

Bericht zur Jahresrechnung

1. Jahresrechnung

Die Jahresrechnung schliesst mit einem Ausgabenüberschuss von Fr. 10'083.25 ab. Dieser Ausgabenüberschuss entstand aus folgenden Gründen: Unser Sekretär konnte seine Teilzeitstelle per 1.7.1997 antreten, die Beitragserhöhung trat jedoch erst ab 1.1.1998 in Kraft. Wegen dem Abschluss der Buchhaltung auf den 31.12.1998 habe ich die Buchhaltung nicht wie in den vergangenen Jahren auf Ende Januar sondern auf 31.12.1998 abgeschlossen. Deshalb sind die Rückvergütungen und Sektionsbeiträge der 3. Periode 1998 in dieser Rechnung noch nicht enthalten.

2. Verbands- und Sektionsbeiträge

Die Verbandsbeiträge wurden gemäss Beschluss des Verbandskongresses 1995 der Teuerung angepasst. Wegen dem kaum angestiegenen Index im vergangenen Jahr musste per 1. Januar 1999 keine Erhöhung der Verbandsbeiträge vorgenommen werden. Die Sektionsbeiträge wurden gemäss GV-Beschluss 1997 auf 1. Januar 1998 für Aktive auf Fr. 5.50 und Pensionierte auf Fr. 2.50 pro Monat erhöht.

3. Werbung

Herzlichen Dank all jenen Kolleginnen und Kollegen, die mithelfen, neue Mitglieder zu werben.

4. In eigener Sache

Für das mir entgegengebrachte Vertrauen als Kassier der Sektion danke ich an dieser Stelle herzlich.

Gruppe Bauamt

Auch im abgelaufenen Jahr war es schwierig, die Gruppe und den Vorstand zu aktivieren. Zudem ist auch ein Mitgliederrückgang festzustellen, was sehr bedauerlich ist, weil dies den Verband schwächt.

In den vergangenen Jahren konnte nicht viel Neues erreicht werden und wir mussten sehr viel Aufwand einsetzen, um das Erreichte zu erhalten.

Teuerungsausgleich

Gemäss Personalamt betrug die Teuerung am 1.1.1999 -0,1%, was keine Lohnanpassung zur Folge hatte. Die Prämien der Nichtbetriebs-Unfall-Versicherung (NBU) wurden am 1. Januar 1999 von 0,9 auf 0,895% gesenkt.

Protestversammlung vom 1. Oktober 1998

Dank einer guten Beteiligung erhalten wenigstens die jungen Arbeitnehmer eine Stufenanpassung innerhalb ihrer Lohnklasse.

Leider waren nur wenige Mitglieder unserer Gruppe anwesend.

Statutenänderung der Versicherungskasse

Das Rentenalter wird von 62 auf 63 Jahren erhöht. Dank einer Übergangrente ist eine Pensionierung mit 62 Jahren möglich. Neu wird die Versicherungskasse mit einem Beitragsprimat geführt und nicht mehr mit einem Leistungsprimat. Der Verteilschlüssel der Prämien zwischen der Stadt und den Versicherten ist von 36:64 auf 40:60 zu Lasten der Versicherten erhöht worden, was eine Prämienerrhöhung von 11% entspricht.

Ich wünsche allen Mitgliedern und ihren Angehörigen alles Gute.

Theo Ledermann
Gruppenpräsident

Rechnung Sterbekasse 1998

Einnahmen/Recettes

Sektionsbeiträge/Cotisations versées par la section.....	3'889.75
Frauenbeiträge/Cotisations versées par les femmes	1'395.-
Zinsen/Intérêts	8'588.30
I-Aktien Coop-Bank, Gewinn	5'500.-
N-Aktien Coop-Bank, Gewinn	288.-
Total	19'661.05

Ausgaben/Dépenses

Ausbezahlte Sterbegelder/Indemnités versées aux décès.....	9'000.-
Verwaltungskosten/Frais administratifs	2'202.80
Helba Finances BV-Anlage Anlageverlust.....	210.-
Abbey National Treasury Services Anlageverlust.....	578.90
State Bank of New South Wales Anlageverlust	1'065.25
Total	13'056.95

Bilanz/Bilan

Die Einnahmen betragen/Total des recettes.....	19'661.05
Die Ausgaben betragen/Total des dépenses.....	13'056.95
Einnahmenüberschuss/Bénéfice.....	6'604.10

Vermögensnachweis per 31.12.1998

Etat de la fortune au 31.12.1998

Bargeld/En caisse	5.55
Postcheck-Konto Nr. 25-2100-7/CCP no 25-2100-7	2'513.35
Vereinskonto Coop-Bank, Nr. 200527.45.00.60-2.....	17'733.50
N-Aktien Coop-Bank	2'568.-

Revisorenbericht Sterbekasse

Die unterzeichneten Revisoren haben die abgeschlossene Jahresrechnung der Sterbekasse der VPOD-Sektion Biel für das Jahr 1998 geprüft und als richtig befunden. Der Kassa- und Postcheck-Stand sind ausgewiesen, ebenso Vereins-Kreditoren-Konto und Wertschriften. Aufgrund unserer Prüfung beantragen wir der GV, unter bester Verdankung an den Kassier für seine gewissenhafte Arbeit Entlastung zu erteilen und der Jahresrechnung zuzustimmen. Biel, 9. Februar 1999
Rechnungsprüfungskommission:
Marie-Claude Cadot
10

Gruppe HauswarteSeeland

Jetzt ist es soweit und der letzte Jahresbericht dieses Jahrtausends liegt vor. Was wird uns das nächste Jahrhundert bringen? Sicher weitere kriegerische Auseinandersetzungen, Kampf um Menschenrechte und Kampf ums Überleben in der Konsumgesellschaft. Es wird nicht einfacher werden, aber so spannend wie das vergangene Jahrhundert wird das nächste wohl nicht. Wir können fliegen, auf dem Mond ist der Mensch schon gelandet und Computer gibt es auch. Vieles ist erfunden und erobert. Das neue Jahrtausend wird sicher keine Probleme lösen und bei uns wird

weiterhin der Besen am Stiel angepackt und nicht umgekehrt.

Die Aktivitäten unserer Gruppe begannen am 21. März mit der Generalversammlung. Wie in den vorangegangenen Jahren ging die Debatte freundschaftlich über die Bühne, was nicht überall der Fall ist. Um 18 Uhr begann der 2. Teil dieser Generalversammlung mit Nachtessen und guter Laune.

Am 17. Juni fand unser traditioneller Ausflug statt, der von Heinz Berger organisiert und geführt wurde. Bei schönstem Wetter besuchten wir die Verenaschlucht. Dieses für uns alle unbekannte Gebiet liegt in der Nähe von Solothurn. Die Beteiligung an diesem Mittwoch war sehr erfreulich. Besten Dank auch an dieser Stelle an Vreni und Heinz Berger.

Am 30. August gabs den Zmorge-Brunch im Restaurant Weidli in Arch. Ruedi Hadorn und seine Frau haben auch dieses Jahr ein schönes Ziel ausgesucht. Leider war die Beteiligung schwach.

Ich möchte an dieser Stelle allen in unserer Gruppe Mut und Geduld zu-sprechen, die von Leid oder Krankheit betroffen wurden. Ich denke hier besonders an Ruedi Hadorn, der wegen einem Herzinfarkt in Noirmont zur Rehabilitation war. Ich möchte auch all jenen danken, die in unserer Gruppe mitgearbeitet haben.

Marcel d'Epagnier
Gruppenpräsident

Gruppe HauswarteStadt

"Die Organisation ist unsere Macht, das solidarische Handeln unsere Freiheit!"

Mein achter Jahresrückblick wird nicht mit grossem Optimismus bestückt sein. Wir kämpfen immer nur, um den Besitzstand erhalten zu können. Sparmassnahmen im Personal- oder Lohnbereich haben immer noch die Oberhand bei der Stadtverwaltung, hat es doch in Biel ca. 15% der Steuerpflichtigen, welche die Steuern nicht bezahlen können. Dies oder das Projekt "Image - Verschönerung des Stadtbildes"; Mobbing am Arbeitsplatz; LeF Leis-tungsbeurteilungs- und Förderungs-gespräch müssen irgendwie finanziert werden.

Neuer Schuldirektor

Leider mussten wir anfangs Jahr von der zu früh verstorbenen Schuldirektorin Erica Wallis Abschied nehmen. Wir danken ihr für die gute Zusammenarbeit und werden sie in guter Erinnerung behalten. Als Nachfolger wurde der nichtständige Gemeinderat und Gymnasiallehrer Pierre-Yves Möschler gewählt. Wir wünschen ihm viel Erfolg und eine glückliche Hand bei der Erledigung seines Amtes.

Sparmassnahmen im Reinigungssektor

Herr Jauch machte der Finanzdirektion den Vorschlag, dass es in den Verwaltungsgebäuden verschiedene Büros gibt, die so wenig gebraucht werden, dass sie nur noch einmal in der Woche gereinigt werden und das Büropersonal den Papierkorb selber leeren soll. Dies wird eine Einsparung von ca. Fr. 22'000.- ergeben. Nach schwierigen und emotionsgeladenen Verhandlungen wird ein Versuch bis Ende Jahr 2000 durchgeführt.

Personalausflug

Nach drei Jahren haben wir am 25. September 1998 unseren Personalausflug mit 56 Teilnehmern durchgeführt. Die Verpflegung in der Ferienfürsorge Bözingen-Mett in Gstaad war beispielhaft. Den anschliessenden gemütlichen Marsch um den Lauenensee haben viele für anregende Gespräche benützt. Über das, was wir dann in Greyerz erlebten, kann jeder Einzelne noch heute schmunzeln. Wir danken Bernhard Burri und Laurence Dysli für die gute Organisation.

Dank

Ich danke dem Sektionsvorstand sowie meinen Vorstandsmitgliedern für die gute Zusammenarbeit. Auch wenn der Erfolg manchmal nur klein ist, bin ich immer noch bereit, für die gewerkschaftliche Tätigkeit einzustehen.

Für das Jahr 1999 wünsche ich gute Gesundheit und viel Mut zur Einigkeit.

Marcel de Jonckheere
Gruppenpräsident

Gruppe Pensionierte

Die Welt ändert sich schnell: Fusionen, Rezession und Privatisierungen sorgen für Unsicherheit.

Der Anteil der pensionierten Menschen an der Gesamtbevölkerung wird in den kommenden Jahren noch mehr zunehmen. Dies schafft neue Herausforderungen: eine Alterspolitik muss deshalb mehr sein als eine Renten- und Pflegepolitik. Es gilt:

- Die gewerkschaftliche Alterspolitik zu korrigieren und der Realität anzupassen,
- die Kompetenz der Pensionierten zu erhalten und zu stärken,
- die Motivation zum Tätigsein und zum Ehrenamt im sozialen Umfeld, in Politik, Ökologie, Kultur und Selbsthilfegruppen,
- die Einsatzbereitschaft der Pensionierten in sinnvollen Projekten und Organisationen zu nutzen und abzurufen.

Unsere Aktivitäten im Berichtsjahr

Die 11. Generalversammlung vom 4. März wurde mit einem schönen Jubiläumsprogramm abgeschlossen.

1. Mai-Feier mit Ursula Koch (Präsidentin SP Schweiz), Josef Zisyadis (Alt-Regierungsrat VD) und Giuseppe Sergi (Zentralsekretär GBI) auf dem Burgplatz.

28. Mai: Tagesausflug nach Gstaad, 700'000 Volt mit „Cirkus Electric“.

Am 10. Juni referierte Stadtpräsident Hans Stöckli über die Zukunft.

5. Juli: Erlebnis auf dem Bauernhof in Aetigkofen und Besichtigung von Tabakanbau.

Am 14. Oktober haben wir am Vormittag das Dampfbahnen-Depot in St. Sulpice besichtigt, im "Chapeau de Napoléon" im Val-de-Travers zu Mittag gegessen und am Nachmittag die Weinkellerei Mauler in Môtier besichtigt und auch Wein degustiert.

18. November: Gruppenversammlung mit Anna Sax über die Gesundheits-Initiative.

An der gut besuchten Generalversammlung vom 10. Februar 1999 referierte Herr Niklaus über die



Unentgeltliche Rechtsberatung

Jedes VPOD-Mitglied kann bei einer Vertrauensanwältin oder bei einem Vertrauensanwalt des VPOD eine kostenlose Beratung zu einer beliebigen Rechtsfrage beanspruchen.

Der VPOD übernimmt für jedes Mitglied einmal im Jahr die Kosten für eine halbstündige Konsultation.

Mitglieder, die die unentgeltliche Rechtsberatung beanspruchen wollen, erhalten von dem für sie zuständigen Verbands- oder Sektionssekretariat Auskunft über die zur Verfügung stehenden Vertrauensanwältinnen und Vertrauensanwälte.

Bei Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit Personalrecht, Sozialversicherungen und gewerkschaftlicher Tätigkeit kommt der VPOD-Rechtsschutz zur Anwendung. In solchen Fällen ist wie bisher in Zusammenarbeit mit dem Gruppenpräsidenten oder mit dem Sektionssekretariat ein Rechtsschutzgesuch auszufüllen und dem Sektionssekretariat zur Weiterbearbeitung vorzulegen.

Umstrukturierung der städtischen Ver-sicherungskasse.

Unser Vorstand besuchte Kranke und Jubilare. Dazu nahmen wir an 5 Besprechungen teil und führten 5 Vorstands-Sitzungen durch.

An den 7 Vorstands-Sitzungen der Sektion war unsere Gruppe immer vertreten.

Die 2 Sitzungen der "Verbandskommission Pensionierte" wurden mit dem Themenpapier "Alter" abgeschlossen.

Den aktiven Kollegen im Vorstand danke ich herzlich für die Zusam-

Energieservice Biel

Wir haben am 18. Juni 1998 Stellung bezogen zum Vorschlag der Direk-tion des ESB für ein neues Perso-nalreglement und haben bei dieser Gelegenheit mit Nachdruck betont, dass der Vorschlag verwirrend, irre-führend und unvollständig ist.

Am 5. November haben wir schriftlich um eine Antwort gebeten und darauf hingewiesen, dass wir nicht akzep-tieren könnten, wenn vor den erfor-derlichen Gemeinderats- und Stadt-ratsbeschlüssen im ESB ein eigenes Personalreglement in Kraft gesetzt und somit Rechtsun-gleichheit ge-schaffen würde.

Am 23. November hat Direktor Storrer vor der SP-Stadtrats-

fraktion über die vorgesehene Auslagerung be-richtet und dabei auch auf den Leis-tungsvertrag mit der Stadt Biel, das Betriebsregle-ment und neue Perso-nalreglement hingewiesen. Die Be-gründung zur Auslagerung hat nicht befriedigt und zu diesem Zeitpunkt war dem VPOD das Personalregle-ment nach der Vernehmlassung noch nicht bekannt. Auf die erneute An-frage während dieser Präsentation hat der VPOD am 1. Dezember die neue Fassung zur Kenntnisnahme erhalten. Eine wesentliche Änderung dieser Fassung bestand darin, dass nun etliche Teile genau gleich wie das städtische Personalregle-ment lauteten, während andere elementa-re Teile nach wie vor nicht ausformu-liert waren und nichtssagend blieben.

Am 25. Januar 1999 hat Direktor Storrer vor dem Vorstand des GBLS über die angestrebte Auslagerung berichtet und im wesentlichen die Begründung vom 23. November auf-rechterhalten.

Am 9. Februar sind die beiden Per-sonalorganisationen GAV und VPOD telefonisch aufgefordert worden, zur Fassung vom 27.11.1998 Stellung zu nehmen. Sie haben ihre Stellung-nahme wiederholt und darauf hinge-wiesen, dass nach wie vor das städ-tische Personalregle-ment zu gelten habe. Seit diesem Zeitpunkt tau-schen der GAV und der VPOD In-formationen aus, be-

raten über die notwendigen Schritte und das ge-meinsame Vorgehen.

Am 1. März haben der GAV und der VPOD dem Gemeinderat schriftlich ihren Standpunkt mitgeteilt und in 4 Punkten zusammengefasst:

1. Aus personal- und finan-zpolitischen Gründen lehnen wir eine Auslagerung des ESB aus der Stadt-verwaltung kategorisch ab.

2. Wir betonen mit Entschieden-heit, dass der ESB nach wie vor ein städtischer Betrieb ist und dass folglich das städtische Per-sonalreglement uneingeschränkte Gültigkeit hat. Abweichende Auslegungen betrachten wir als unzulässig.

3. Wenn auf der politischen Ebene eine Ausgliederung beschlossen wird, verlangen wir, dass das städ-tische Personalreglement vollum-fänglich Gültigkeit hat oder ein allgemeingültiger und umfassender Gesamtarbeitsvertrag für das ge-samte Personal des ESB in Kraft gesetzt wird.

4. Die personalrechtlichen Vor-aussetzungen (Personalreglement oder Gesamtarbeitsvertrag) für eine Auslagerung sind zurzeit nicht gegeben, denn die vorliegende Fassung für ein neues Personal-reglement ist unvollständig und befriedigt nur in jenem Teil, der mit dem städtischen Personalre-glement identisch ist.

Am 17. Februar hat die ESB-Direktion dem Gemeinderat ein Reglement zur Genehmigung vorgelegt, das lediglich eine einzige Neuformulie-rung enthielt.

Am 8. März hat der Gemeinderat an einer Pressekonferenz seine Zustimmung zur Auslagerung des ESB bekanntgegeben.

Der VPOD hat am 9. März in einem Bund-Interview signalisiert, dass er erwartet, zu Vertragsverhand-lungen eingeladen zu werden. Die Direktion des ESB hat diesem Anliegen entsprochen und Datums-vor-schläge zum Verhandlungsbe-ginn vorgelegt.

Am 16. März trafen sich De-legationen des VPOD und des Gemeindeangestellten-Verbandes mit der Direktion des ESB. Zur Diskussion stand die Regelung personalrecht-licher Fragen nach einer möglichen Auslagerung des ESB aus der Stadtverwaltung. Un-geachtet unserer Kritik an solchen

Mitgliederbewegung

Aktive am 1. Januar 1998	Männer 310		
	Frauen 57	367	
Pensionierte am 1. Januar 1998	Männer 199		
	Frauen 6		
205			
Total am 1. Januar 1998			572
Todesfälle	8		
Statutarische Austritte	15		
Ausschluss	4		
Austritte 1998	27		
Eintritte 1998	15	552	
Total am 31.12.1998			
Aktive	Männer 289		
	Frauen 55	344	
Pensionierte	Männer 202		
	Frauen 6	208	

Auslagerungen und an den Folgen der Globalisierung insgesamt, ist es Aufgabe der Gewerkschaft, Vorkehrungen zu treffen, um die Arbeitsbedingungen des Personals zu sichern. Der VPOD legt deshalb grossen Wert darauf, die Arbeitsbedingungen gesamtarbeitsvertraglich zu regeln. Damit kann der notwendige Einfluss der Gewerkschaft für eine nachhaltige Sicherung der Arbeitsbedingungen erreicht werden. Wir konnten die Vertreter des Gemeindeangestellten-Verbandes von dieser Haltung überzeugen und erreichen, dass die beiden Personalorganisationen geschlossen auftreten konnten.

Die Direktion des ESB zeigte sich an einer gemeinsamen Beantwortung der anstehenden Fragen interessiert. Sowohl gemeinsame als auch abweichende Sichtweisen konnten klar benannt werden. Das Ergebnis der ersten Verhandlung lässt sich in einer gemeinsamen Absichtserklärung zusammenfassen:

1. In einer Absichtserklärung soll der gemeinsame Wille, einen Gesamtarbeitsvertrag zu erarbeiten und auf 1.1.2000 inkraft zu setzen, bekräftigt werden.

2. Die Verhandlungen über diesen Gesamtarbeitsvertrag werden unverzüglich aufgenommen. Erste Verhandlungstermine wurden bereits fixiert.

3. Der VPOD erarbeitet als Grundlage einen Entwurf zu diesem Gesamtarbeitsvertrag.

Bis zum Abschluss des Gesamtarbeitsvertrages ist noch viel Arbeit zu leisten und das Engagement der Angestellten im Betrieb ist ebenfalls erforderlich, um unseren Ar-

Gruppe Verkehrsbetriebe

Nun bin ich fast ein Jahr im Amt als Präsident der Gruppe Verkehrsbetriebe und um einige Erfahrungen reicher. Am Anfang war es nicht leicht, das Schiff wieder auf den richtigen Kurs zu bringen, weil ja bekanntlich der vorherige Präsident kurzfristig demissionierte und uns nicht einarbeitete, wie es sein sollte. Zum Glück haben wir einen guten Vorstand, der sehr viel leistete. An dieser Stelle möchte ich allen Vorstandsmitgliedern ein herzliches "Merci" sagen. Nun möchte

ich kurz über unsere Aktivitäten im vergangenen Jahr berichten:

Als ich die Generalversammlung vom 16. April 1998 leiten musste, hatte ich ein wenig Lampenfieber, doch die GV verlief so, wie wir es uns erhofft hatten. Als ich die ersten Vorstandssitzungen leiten musste, war mir auch noch ein bisschen mulmig, doch mit der Zeit ging es immer besser.

An unserer ersten Gruppenversammlung vom 25. August im Restaurant Union bemängelten unsere Mitglieder die Fahrzeiten und Dienstpläne. Auch wurde kritisiert, dass die Mitglieder zu wenig über den Gruppenvorstand und die Sektion informiert würden. Im Anschluss daran haben wir unsere Gruppe reorganisiert und Arbeitsgruppen gebildet, so dass wir nun effizienter arbeiten können. Zur gleichen Zeit haben wir unseren VPOD-Kasten im Betrieb neu gestaltet, damit unsere Mitglieder besser orientiert sind.

Am 1. Oktober fand im Restaurant Union eine Protestversammlung der Sektion statt. Hier hat unsere Gruppe gezeigt, dass sie nicht schläft, sondern sehr aktiv ist. Zudem waren wir überdurchschnittlich gut vertreten und auch unsere Diskussionsbeiträge und Forderungen fanden bei der Versammlung grossen Anklang.

Am 14. Oktober fuhr eine Delegation mit 7 Mitgliedern nach St. Gallen, um die Kollegen der dortigen Verkehrsbetriebe an ihrer Demonstration zu unterstützen. Es war für uns sehr interessant zu erfahren, wie eine Demonstration organisiert wird und auch die Kameradschaft kam nicht zu kurz.

Am 25. und 26. November nahmen Markus Wagner und ich an der 12. Nationalen Konferenz der Präsidenten der Nahverkehrsbetriebe in Chebrex teil. Auch hier war es für uns wiederum sehr lehrreich, weil der "Gesamtarbeitsvertrag" Schwerpunkt dieser Konferenz war. Es waren zwar anstrengende aber wichtige Tage, weil wir in Biel ebenfalls vor der Ausgliederung stehen.

Am 20. November hatten wir die erste Sitzung mit der Direktion der VB und der Stadt Biel über die Ausgliederung der VB. Wir übernahmen dabei die Aufgabe, den Gesamtarbeitsvertrag zu formulieren.

Am 1. Dezember führten wir unsere zweite Mitgliederversammlung durch, wobei die Ausgliederung der Verkehrsbetriebe und der Gesamtarbeitsvertrag auf der Traktandenliste standen. Kollege Stefan Giger vom Verbandssekretariat hat ausführlich informiert.

Am Freitag, 29. Januar 1999 hatten wir eine Sitzung mit Kollege Thomas Meury vom Verbandssekretariat und Beat Schaffer (Sektionssekretär). Leider existieren noch einige Differenzen zwischen unserer Gruppe und der Sektion.

Am 15. Februar 1999 fand unsere 3. Gruppenversammlung im Restaurant Union statt. Der Schwerpunkt war wiederum der Gesamtarbeitsvertrag. Auch hier hat uns Stefan Giger umfassend informiert.

Für die Zukunft wünsche ich allen Kolleginnen und Kollegen alles Gute

Unsere Dienstleistungen

Die VPOD-Sektion Biel (Verband des Personals öffentlicher Dienste) besteht seit über 100 Jahren, umfasst fast 600 Mitglieder, ist Mitglied des GBLS, steht politisch links und ist die Gewerkschaft der städtischen Arbeiter und Angestellten.

Der VPOD ist anerkannter Verhandlungspartner des Gemeinderates und der Direktionen und hat in dieser Eigenschaft sehr viele Verhandlungen im Interesse und zum Vorteil der städtischen Angestellten geführt. Er beschäftigt sich hauptsächlich mit Anstellungs- und Arbeitsplatzfragen, berät seine Mitglieder und setzt sich für alle berechtigten Anliegen ein. Von diesen Bemühungen haben in all den Jahren natürlich auch alle anderen Arbeiter und Angestellten profitiert. Zusätzlich zur direkten Vertretung am Arbeitsplatz durch die Gruppen oder durch die Sektionsleitung bietet er weitere nützliche Dienstleistungen und Informationen an:

Sekretariat

Das Sekretariat ist am Dienstag und Donnerstag von 16-18 Uhr für Informationen und Einzelberatungen geöffnet.

Bildungskurse

Die Mitglieder können kostenlos an den Veranstaltungen der VPOD

Bildung zur Persönlichkeitsbildung und zu gewerkschaftlichen Themen teilnehmen. Zudem bietet die VPOD-Bildung preiswerte Lehrgänge zur beruflichen Weiterbildung an.

Rechtsberatung

Pro Jahr bietet der VPOD seinen Mitgliedern eine halbstündige kostenlose Rechtsberatung für juristische Fragen in einer anerkannten Anwaltspraxis an.

Rechtsschutz

Wenn Probleme im Zusammenhang mit der Anstellung oder Arbeit durch Verhandlungen nicht zu lösen sind, gewährt der VPOD

Energie-Service Biel im Wandel

Effizienz und Markt contra demokratische Mitbestimmung?

Effizienz und Markt. In der finanzpolitischen Diskussion werden die Begriffe immer wieder ins Zentrum gerückt. Durch Verselbständigung ihres Energie-Service will die Stadt auf Herausforderungen im Bereich der Energie- und Wasserversorgung reagieren. Ein Projekt, das auch mit Vorbehalten behaftet ist.

Im Rahmen der Projekte zur Steigerung der Effizienz in der städtischen Administration wurden die Werke Wasser, Gas und Elektrizität im Energie-Service Biel-Bienne zu-sammengeführt und als Folge auch die Verselbständigung angestossen. Im daraus resultierenden Bericht sollte mit einem Grobkonzept dem Stadtrat die Wahl zur angeblich optimalen Organisationsform vorgelegt werden. Mit der Verselbständigung soll auch auf die Liberalisierung des Strommarktes reagiert werden. Der Bericht empfiehlt die Umwandlung des ESB in eine selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt als die beste Lösung. Die Analyse des Ist-Zustandes zeige eine starke Abhängigkeit in den Bereichen Führung und Organisation, Finanzen, Personal und Leistungserbringung. Es werde vor allem von Grossbezügern erwartet, dass der ESB nicht politisch, sondern unternehmerisch entscheide und handle. Die zuständigen Stellen wurden darauf beauftragt, die Ergebnisse in einem Folgebericht zu konkretisieren. Im

Frühling 1999 wird der Stadtrat entscheiden müssen.

Bedeutet Verselbständigung Aufgabe der demokratischen Einflussnahme?

Grundsätzlich habe der Stadtrat der Verselbständigung des ESB bereits einmal zugestimmt, meinte Ralph Thomas, Stadtrat des Parti socialiste Romand (PSR) auf Anfrage. Bis heute sei aber wenig über die Konkretisierung dieser Verselbständigungsform bekannt geworden. Je nach Inhalt des Folgeberichtes müsste der Stadtrat aber auf seinen damaligen Entscheid zurückkommen, ist sich Thomas bewusst.

Wenig Neues war diesbezüglich auch von ESB-Direktor Storrer zu erfahren, als dieser vor der SP-Stadtratsfraktion referierte. Storrer begründete die Verselbständigung des ESB einmal mehr mit den Herausforderungen des liberalisierten Strommarktes. Der ESB-Direktor setzte Effizienzsteigerungen mit Verselbständigung gleich. Markt-gerechtes Reagieren sei auch mit der heutigen Organisationsform des ESB möglich, vieles sei bereits Alltag, bemerkte dazu Urs Hof, Resortleiter Anlagen Wasser-Gas beim ESB. Hof sieht eine grosse Problematik darin, dass mit der Verselbständigung des ESB die drei so unterschiedlichen Bereiche Wasser, Gas und Elektrizität über einen Leisten geschlagen werden. Allein schon die Rechtsgrundlagen verlangten nach einer differenzierten Betrachtungsweise. So schreibe beispielsweise der Kanton vor, dass mit der Wasserversorgung kein Gewinn gemacht werden dürfe, Abschreibungen und Refinanzierung müssten ausgeglichen sein. Die Stadt habe auch den Versorgungsauftrag des Kantons zu erfüllen. Im Falle finanzieller Probleme habe zuletzt doch immer die Stadt, resp. die Steuerzahler die finanziellen Belastungen zu tragen, so Hof weiter. Welchen Sinn macht es da, die Wasserversorgung in einen selbständigen Betrieb zu überführen? Die demokratische Kontrolle und Einflussnahme sieht Hof auf der Ebene des Stadtrates gewährleistet.

Verunsicherung beim Personal wirkt demotivierend

Grosse Verunsicherung auch beim Personal des ESB. Die bereits heute angespannte Personalsitua-

VPOD Sektion Biel

Sekretariat

Postfach 104, 2501 Biel
Rechbergerstrasse 3
Telefon 032 322 18 06
Fax 032 361 12 86
e-mail vpod.biel@usa.net

Öffnungszeiten:

Di + Do 16.00-18.00 Uhr

Gruppe Bauamt

Theo Ledermann 373 44 06

Gruppe Gärtnerei

Daniel Nussbaumer 322 74 34

Gruppe Gesundheitsbereich

Marcel Iseli 342 25 71

Hauswarte Seeland

Marcel d'Epagnier 373 14 67

Hauswarte Stadt

Fredy Engelmann 326 21 27

Gruppe Pensionierte

Werner Möri 365 69 39

Gruppe VB

René Devaux 373 39 53

Sterbekasse

Heinz Stopper 323 76 22

tion - Abgänge werden praktisch nicht mehr ersetzt - dürfte mit der Verselbständigung des ESB noch problematischer werden, meinte Urs Hof ergänzend. Und VPOD-Sekretär Beat Schaffer macht auf einen weiteren, zentralen Punkt aufmerksam: In der Diskussion um die Verselbständigung des ESB müsse auch die Frage gestellt werden, wie lange das ausgehandelte Personalreglement nach der Volksabstimmung in Kraft bleiben würde. Was bereits in vielen Industriebetrieben feststellbar sei, gelte auch für den ESB. Die dauernde Verunsicherung und die zunehmende Belastung habe eine immer grössere Demotivierung beim Personal zur Folge, glaubt Schaffer zu erkennen. Der Stadtrat wird gut beraten sein, die Interessen der Steuerzahler und Steuerzahlerinnen mit der Erfüllung des städtischen Versorgungsauftrages und den Bedürfnisse des Personals in Einklang zu bringen. Politisches Denken und nicht einzig dem Zeitgeist folgende Lösungen sind gefragt.

Verselbständigung der Verkehrsbetriebe Biel:

Weshalb wir für einen Gesamtarbeitsvertrag kämpfen

Das neue Verkehrsgesetz

Seit rund drei Jahren ist im Kanton Bern das neue kantonale Verkehrsgesetz in Kraft. Damit haben sich die Rahmenbedingungen im öffentlichen Verkehr grundlegend verändert. Früher wurden die städtischen Verkehrsbetriebe fast alleine von der Stadt geführt und finanziert. Mit dem neuen Gesetz wird das Verkehrsangebot von Kanton bestellt. Der Kanton zahlt den Verkehrsbetriebe dafür eine vertraglich vereinbarte Abgeltung. Alle Gemeinden im Einzugsgebiet werden vom Kanton an den Kosten beteiligt, unter Berücksichtigung des Angebotes und der Finanzkraft. Mit diesen Veränderungen wurden die Zentrumsgemeinden entlastet.

Ausgliederung ist notwendig geworden

Damit übernahm aber gleichzeitig der Kanton die Regie über alle Ver-

kehrsbetriebe. Das Verkehrsangebot und die Investitionen werden nun vom Kanton festgelegt. Wenn die VB Busse kaufen, muss dies vom Kanton bewilligt werden. Solange die VB aber Teil der Stadtverwaltung sind, müsste der Buskauf vom Stadt-rat, bei einem Referendum sogar vom Volk bewilligt (oder abgelehnt) werden - obwohl das Geld eigentlich vom Kanton kommt. Der Kanton verlangt deshalb eine organisatorische Verselbständigung, das heisst eine Ausgliederung aus der Stadtverwaltung. Der Kanton wollte ursprünglich eine Aktiengesellschaft vorschreiben - der VPOD hat sich dagegen gewehrt und sich zuerst in der Stadt Bern gegen den Widerstand des Kantons durchgesetzt. Seit dem 1.1.1996 sind die Berner SVB nun eine öffentlich-rechtliche Anstalt. Mittlerweile - drei Jahre später - ist diese Frage in Biel nicht mehr umstritten, auch in Biel sollen die VB nun in eine öffentlich-rechtliche Anstalt umgewandelt werden.

Wettbewerb im öffentlichen Verkehr braucht Rahmenbedingungen

Der Kanton ist heute Besteller der

Leistungen im öffentlichen Verkehr. Der Kanton kann dabei die Verkehrsleistungen öffentlich ausschreiben. Wenn dabei einfach der billigste Offerentsteller gewinnt, hätte keiner der bestehenden Verkehrsbetriebe eine Chance, denn: Wer neues, junges, gesundes Personal mit tiefen Anfangslöhnen hat, ist immer billiger als ein bestehender Betrieb, der altersmässig gemischtes Personal hat und kranke Angestellte nicht einfach entlässt. Der vom Gesetz vorgesehene Wettbewerb braucht deshalb klare Rahmenbedingungen:

- Gehen Linien von der einen auf eine andere Transportunternehmung über, muss das bestehende Personal zu den gleichen Anstellungsbedingungen übernommen werden
- Wer im Wettbewerb mitmachen will, muss die im öffentlichen Verkehr üblichen Anstellungsbedingungen (Löhne, Zulagen, Arbeitszeiten, Sozialleistungen) einhalten.

Die Anstellungsbedingungen sollten deshalb möglichst klar und verbindlich für alle geregelt sein. Das geschieht am besten in Form eines Gesamtarbeitsvertrages (GAV). Unsere Zielsetzung ist es

En vacances... "chez toi!"

Peut-être que vous ne savez pas encore que le village de vacances à Sessa (Tessin), "I Grappoli", appartient et est géré directement par le SSP. Oui... vraiment par votre syndicat.

"I Grappoli" est un centre de vacances en pleine verdure, entouré de plus de 100'000 m² de parc, avec un hôtel, des bungalows, un petit camping, une grande piscine ainsi qu'un restaurant de qualité avec des prix raisonnables. C'est l'endroit idéal pour passer vos vacances ou pour y séjourner plus brièvement avec votre famille.

Les possibilités de loisirs sont nombreuses et variées:

- Excursions à travers tout le Tessin et vers l'Italie voisine
- Flâneries aux marchés à Ponte Tresa et à Luino
- Randonnées au Lema et au Tamaro
- Animations culturelles, expositions et concerts
- Balades sur des sentiers accessibles
- Excursions pour les petits
- etc.

Tu te sentiras "comme à la maison", dans un des sites les plus beaux du Tessin

Contactez-nous pour plus d'informations et... réservez.

"i Grappoli" nature e famille SSP-VPOD



Villages de vacances "I Grappoli"
6997 Sessa TI
Tél. 091 608 11 87
Fax 091 608 26 41

Einkaufsvergünstigungen für VPOD-Mitglieder

Die unten aufgeführten Geschäfte gewähren bei Vorweisung des Mitglieder-Ausweises eine Einkaufsvergünstigung:

Blumen Typha Fleurs Rechbergerstrasse 5, Biel	
Blumen, alle Angebote	10%
Brasserie Urania Bahnhofplatz, Biel	
Konsumentenschutz ab Fr. 100.-	10%
Brillen Benz Unterer Quai 90, Biel	
Brillen, Brillengestelle	15%
Buzag AG Zentralstr. 97, Biel	
Hausgeräte aller Marken	30%
Friedrich Zentralstr. 15, Biel	
Haushalt + Garten	5-10%
Fust AG Zentralstrasse 36, Biel	
Küche, Bad, Elektro, TV, PC	7%
Pneu Dick, Renferstr, Biel	
Reifen, Felgen, Batterien	15-50%
Universal-Sport Bahnhofstrasse 4, Biel	

deshalb, für den ganzen Kanton Bern einen flächendeckenden Gesamtarbeitsvertrag für den öffentlichen Verkehr abzuschliessen als Rahmenbedingung für den Wettbewerb im öffentlichen Verkehr. Nach den GAV für Bern (SVB) und Thun (STI) soll deshalb auch bei den VB ein GAV ausgehandelt werden. Mittelfristig wollen wir als Dach über den betrieblichen GAV einen kantonalen GAV abschliessen. Im Kanton Solothurn konnten übrigens die Verhandlungen über einen kantonalen GAV im Frühling 1999 abgeschlossen werden. In einigen Jahren wollen wir auch im Kanton Bern so weit sein.

GAV-Verhandlungen laufen

Der VPOD hat sich deshalb im vergangenen Jahr an die VB gewandt und Verhandlungen über einen GAV verlangt. Der VPOD hat daraufhin einen Textvorschlag für einen GAV ausgearbeitet, über den wir nun seit Anfang dieses Jahres verhandeln. Der Zeitplan ist sehr eng. Bis Mitte 1999 sollen die Verhandlungen abgeschlossen sein, denn bereits per 1. Januar 2000 sollen die VB

Was wir wollen

Wir wollen eine Arbeitswelt, in der Frauen und Männer das Recht auf Erwerbsarbeit haben und in der un-bezahlte Arbeit aufgeteilt wird. Die Bedürfnisse und das Wohlergehen der Menschen stehen im Vordergrund. Wir wollen eine demokratische Gesellschaft, in der die Gleichbehandlung, die persönliche Entfaltung, die soziale Sicherheit, das Leben in einer gesunden Umwelt und der Frieden gewährleistet werden.

Deshalb sind wir

- für die Gleichstellung von Frau

- und Mann
- für gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit
- für den Teuerungsausgleich
- für Arbeitszeitverkürzungen, mehr Ferien und mehr Zeitsouveränität
- für Zeitzuschläge für Wochenend- und Nachtarbeit
- für die Herabsetzung des Pensionierungsalters sowie flexible und gleitende Pensionierung
- für bezahlten Bildungsurlaub,
- für eine humane Arbeitswelt - für mehr Rechte am Arbeitsplatz sowie

VPOD-Multi-Rechtsschutz

In Ergänzung des bisherigen beruflichen Rechtsschutzes bietet der VPOD seinen Mitgliedern den VPOD-Multi-Rechtsschutz als Dienstleistung an. Recht haben und Recht bekommen sind bekanntlich zweierlei Dinge. Der VPOD und der Coop-Rechtsschutz stehen den Mitgliedern und ihren Familien in aktiver und kompetenter Weise bei.

... ergänzt den Berufs-Rechtsschutz

Der kostenlose Rechtsschutz für VPOD-Mitglieder beschränkt sich auf berufliche und gewerkschaftliche Gebiete sowie auf Verkehrsunfälle auf dem Arbeitsweg.

... wahrt die privatrechtlichen Interessen

Verkehrsrechtsschutz, Privat- und Konsumenten-Rechtsschutz, Leistungen für Opfer von Gewaltverbrechen.

... übernimmt die Kosten

bis zu einem Höchstsbeitrag von Fr. 25'000.- pro Fall für: Anwaltskosten, Expertisen, Gerichtskosten, Schreib- und Administrationsgebühren, Kautionen (bis Fr. 100'000.-).

... gilt für die ganze Familie

Beim Multi-Rechtsschutz sind Sie und die ganze Familie (bei Unverheirateten die Lebensgefährten) eingeschlossen. Der Verkehrsrechtsschutz gilt für alle Ihre Fahrzeuge in ganz Europa und den Mittelmeer-Randstaaten.

Prämien

Dank dem Kollektivvertrag mit dem Coop-Rechtsschutz kostet die Multi-Versicherung nur Fr. 82.20 pro Jahr.

Auskünfte und Informationen bei

VPOD-Verbandssekretariat, Postfach, 8030 Zürich
Coop-Rechtsschutz, Postfach, 5001 Aarau
VPOD Sektion Biel, Postfach 104, 25021 Biel

Sterbekasse

Jedes Mitglied unserer Sektion gehört der Sterbekasse an. Bei einem Ableben haben die Angehörigen ein Sterbegeld zugute, um die Kosten der Beisetzung zu mindern. Wir bitten die Mitglieder, ihre Angehörigen zu orientieren, damit bei Ableben unverzüglich das Sektionssekretariat oder der Sterbekasse-Kassier informiert wird. Nur so ist gewährleistet, das Sterbegeld reibungslos auszahlen zu können.

Die Ehepartnerin oder der Ehepartner haben die Möglichkeit, bis zum 50. Altersjahr der Sterbekasse beizutreten. Der Mitgliederbeitrag beträgt Fr. 15.- pro Jahr und wird separat eingekassiert. Weitere Auskünfte sind erhältlich bei:

Heinz Stopper, Schützengasse 61,



Rechtsschutz VPOD

Der VPOD bietet in Rechtssachen einen vollausgebauten Rechtsschutz betreffend Arbeitsplatz, Personalrecht und Sozialversicherungen an. Gemäss Artikel 40 der Verbandsstatuten und des Rechtsschutzreglementes hat jedes Mitglied Anspruch auf Rechtsschutz in Streitigkeiten im Zusammenhang mit Erwerbsarbeit, Sozialversicherungen und gewerkschaftlicher Tätigkeit. Darunter fallen insbesondere Kündigungen, Entlassungen, Disziplinar-massnahmen sowie Verkehrsunfälle, auch auf dem direkten Weg zur und von der Arbeit, Rechtsstreitigkeiten mit AHV, IV, EO, Unfallversicherung, Arbeitslosenversicherung und Versicherungskasse. Spezialfälle und Ausnahmen von diesem Anspruch sind in den Artikeln 10-14 und 17 des Rechtsschutz-Reglementes geregelt.

Um den Rechtsschutz zu beanspruchen, muss das Mitglied innerhalb von 30 Tagen nach dem Vorfall ein

Gesuch einreichen. Das ausgefüllte, datierte und unterschriebene Gesuch geht an den Gruppenpräsidenten und von dort an das Sektionssekretariat. Die Aufgabe der Sektion ist es, dem Gesuch

zuzustimmen oder eine ablehnende Haltung einzunehmen. In jedem Fall leitet die Sektion das Gesuch mit ihrer Stellungnahme unverzüglich an die Rechtsschutzabteilung des Verbandes. Alle Entscheide werden

Leitungsgremien und Vertretungen 1998

Präsident	Heinz Oberli	VV Gärtnerei
Vizepräsident	Marcel de Jonckheere	Hauswarte Stadt
Sekretär	Beat Schaffer	Verwaltung
Kassier	Andreas Möri	Verwaltung
Protokoll	vakant	
Beisitzer	Theo Ledermann	Bauamt
	René Marti	Bauamt
	Markus Wyss	Energieservice
	Kurt Chrétien	Energieservice
	Philippe Froidevaux	Energieservice
	Daniel Nussbaumer	Gärtnerei
	Pierre Ogi	Gärtnerei
	Marcel Iseli	Gesundheitsbereich
	Hans-Rudolf Rufer	Gesundheitsbereich
	Marcel d'Epagnier	Hauswarte Seeland
	Fredy Engelmann	Hauswarte Stadt
	Werner Möri	Pensionierte
	Hasso Wegmüller	Pensionierte
	Werner Zahnd	Verwaltung
	René Devaux	Verkehrsbetriebe
	Markus Wagner	Verkehrsbetriebe
	Heinz Stopper	Sterbekasse
Rechnungsprüfungskommission	Marie-Claude Cadot	
	Marcel Buttet	
	Werner Zahnd	
Fähnriche	Kurt Lauper, Remo Auboeck	
GBLS Biel	Beat Schaffer	Vorstand
	Max Werner	Vorstand
	Guisepppe Carrangelo	Delegierter
	Ernst Meier	Delegierter
	Erich Nydegger	Delegierter
Versicherungskasse-Kommission	Heinz Oberli	Delegierter
	Urs Zysset	Delegierter
Verbandsvorstand	Heinz Oberli	
Paritätische Kommission	Heinz Oberli	Delegierter
	Marcel de Jonckheere	Delegierter
	Markus Wyss	Delegierter
	Andreas Möri	Ersatz
	Heinz Stopper	Ersatz
Beschwerdekommision	Martin Brandenberger,	
	Ernst Steinmann	
Sterbekasse	Heinz Oberli	Präsident
Stiftungsrat	Andreas Möri	Mitglied
	Beat Schaffer	Mitglied
	Heinz Stopper	Kassier